Ausgabe B.

Aufwärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis: Bei der Post geholt vierteljährlich 2.40 Mk. Durch den Briefträger oder Boten 2.82 Mk.

Christlich-nationales Tageblatt
mit der Sonntagsbeilage „Für Herz und Haus".
Herausgeber D. Jaeger.

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 25 Pfg., Reklamezeile 1.00 Mk. Beilagen nach vorheriger Vereinbarung. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr.

Nr. 233 | Bielefeld-Bethel, Sonntag, den 5. Oktober 1919. | Jahrgang 1.

Auch heute noch wird, gelobt sei Gott, an den Haushaltern Gottes nicht mehr gesucht, als daß sie treu erfunden werden, alles andere ist zuletzt Sache des Herrn.

D. L. Ihmels.

Das Ziel der Geschichte.

Der hinter uns liegende Krieg hat uns oft vor die Frage gestellt: Wozu war eigentlich dieses furchtbare Blutvergießen? Oder: Warum ließ das Gott als der Heilige und Gerechte, als Gott der Liebe zu? In all den Bewegungen und Umstürzen im Völkerleben können wir auf den ersten Blick nichts von einer sich durchsetzenden Gottesidee merken, sie scheinen uns eine Zerklüftung, Zersplitterung, Zerstreuung und Versprengung. Aber als Christen müssen wir daran festhalten, daß in Gottes großem Haushaltungsplan nichts Zweckloses geschehen kann. Was ist der Zweck?

Gott will in der Menschheit sein Bild ausarbeiten. Und wann wird der Heilige mit der Lösung dieser Aufgabe fertig sein? Ohne Zweifel am jüngsten Tag. Dieser Zweck setzt sich durch. Auch das Kleinste, Unscheinbarste und Unverständlichste in dem Völkergewoge muß zum Mittel und zur Darstellung dieses Zweckes dienen. Alles was wir in dem Rahmen Weltgeschichte unterbringen, dient diesem einen großen Zweck. Hier wird edles Metall von der unedlen Masse geschieden. Gott der Herr als der Schmelzer hebt Volk um Volk auf; es wird gewogen, geprüft und geläutert. Unsere Erde ist des Schmelzers Werkstatt; darin arbeitet er ununterbrochen. Der Blasebalg arbeitet, das Feuer brennt, und er wartet bis das edle, flüssige Metall sich von der erdigen Masse scheidet. Der Erhabene besieht sich sein Werk; die Arbeit ist beendet; der Blasebalg schweigt und das Feuer verglüht. Aus seinem Schmelztiegel nimmt er den herrlichen Gewinn. — Den genauen Zeitpunkt, wann der Schmelzer mit seiner Arbeit fertig sein wird, kann natürlich niemand feststellen. Gewiß hat es nie an klugen Rechenkünstlern, die ihn berechnen wollten gefehlt, aber ihre Rechenexempel haben bisher nie gestimmt. Gott der Herr hat sich Zeit und Stunde des großen Tages vorbehalten.

Und was der Herr unter den Völkern tut, vollzieht sich ebenso im Leben des einzelnen Menschen. Wie ist da Gott bemüht, seine ursprüngliche Herrlichkeit wieder herzustellen. Um dieser innersten Geschichte halber lebt der Mensch. Und diese Arbeit Gottes an Menschen bedeutet Kampf. So hat er sich auch aus den Völkern sein Eigentum, sein Volk sich auserwählt. — Wo beginnt die Geschichte dieses Volkes? Mit dem ersten Menschen setzt sie ein. Hier liegt der eigentliche tiefe Grund für alle Geschichtsbewegung. Gott neigt sich auf die Erde. Eine Himmel und Erde umspannende Geschichte hebt er an. In dieser Geschichte erkennen wir klar und deutlich zwei Perioden. Die erste Periode ist die Vorbereitung des Heils vom ersten Menschen bis zum Erscheinen des Heils, und die zweite Periode vom Erscheinen des Heils bis zum jüngsten Tag, dem Ende der ganzen Universalgeschichte.

Im Morgenlande beginnt die Geschichte des auserwählten Volkes Gottes. Ein Paulus bringt das Evangelium nach dem Abendland. Wie behauptet sich der kühne Gottesstreiter gegenüber den Götterbildern des Hellenentums, das die Blüte der gesamten Weltkultur bildete! Das Evangelium bricht sich weiter Bahn unter den Nationen und erobert sich ein Volk nach dem andern. Über den ganzen Erdball bis zu den äußersten Enden wandert Gottes heiliges Wort, um unsterbliche Menschenseelen für sein Volk zu gewinnen.

Die Geschichte der Gemeinde Gottes unterscheidet sich klar und deutlich von der Weltgeschichte. Das auserwählte Volk schaut kühn und bestimmt vorwärts und dadurch unterscheidet es sich in seiner Geschichte von der Weltgeschichte. Schauen wir auf die Weissagungen der Könige und Propheten im alten Testament. Mit scharfem Blick schauen sie hinaus in eine ferne Zukunft. Johannes knüpft an der Kette der alttestamentlichen Weissagungen an und führt uns durch eigenartige Bilder in den Entwickelungsgang der Völker hinein. Und das Ziel all seines prophetischen Schauens endet in dem Kommen des Herrn am jüngsten Tag. Komm, Herr Jesu, ruft die Braut, das ist der Ton, der durch die letzten Kapitel der Bibel klingt. Das ist kein Rückwärtsschauen, sondern alles drängt nach vorwärts, nach einer endlichen Lösung. Alles späht erwartungsvoll nach der herrlichen Freiheit der Kinder Gottes. Es ist bezeichnend in der Geschichte des Volkes Gottes, wie sie gerade in den schwersten Zeiten ihren Blick nach vorwärts richtet. Alles in unserm Leben und in der Geschichte der Völker muß sich ganz diesem einen großen Endzweck, dem Fertigstellen des Bildes Gottes in einer neuen Menschheit, unterordnen. Die Weltgeschichte ist für die heilige Geschichte des Volkes Gottes vorhanden so wie die Peripherie für das Zentrum. Eine Weltgeschichte, losgelöst von der heiligen Geschichte der Gemeine Gottes gibt es nicht. Weil nun die Geschichte des Volkes Gottes auf einen Abschluß hinzielt, so muß auch die Weltgeschichte ein Ziel haben. Es ist für sie dasselbe wie für die Gemeinde Gottes der jüngste Tag. So hören dann alle Bewegungen im Völkerleben, alle Umwälzungen auf, wenn die Geschichte der Gemeine Gottes auf Erden ihren Abschluß gefunden hat. Dieses hohe Ziel, der Tag des Herrn, der die Erfüllung aller seiner Ratschläge und Pläne mit der Menschheit von Anbeginn der Welt in sich faßt, muß uns innerlich groß machen.

Es geschieht nichts von ungefähr, nichts Zweckloses, auch die furchtbaren Umwälzungen von heute haben ihren großen Zweck im Haushaltungsplan unsres Gottes, wenn wir sie auch nicht verstehen und einordnen können. Das alles soll für uns eine Schule sein und uns Willen und Kraft stärken für die Arbeit der Gemeine Gottes. Wo wir in der Entwickelung der Geschichte des Volkes Gottes stehen und damit auch in der Weltgeschichte, wissen wir nicht mit Bestimmtheit. Gewiß sind Mutmaßungen aufgestellt worden, aber wer kann mit Sicherheit feststellen, ob sie richtig sind.

Was wird für eine Freude sein, wenn der Schöpfer den letzten Schliff am Wunder der Zeiten vollbracht haben wird. Was für ein Jubel wird sein wenn die Gemeine Gottes fertig und klar herausgeschält dastehen wird, wenn der Schmelzer sein Bild klar erkannt hat. Ja, ein Jauchzen wird durch seine Gemeine gehen wenn der König nach langem Warten kommen wird und die Verwandlung der sichtbaren Welt in die leuchtende Klarheit vor sich gehen wird.

P. U.

Konferenz der christlich-nationalen Arbeiter.

Sodann sprach Herr Schriftleiter Hülser-Bielefeld über:

Die staatsbürgerliche Stellung der Arbeiter und Angestellten im deutschen Volksstaat.

In der Geschichte des deutschen Volkes haben in den verschiedenen Geschichtsepochen verschiedene Gesellschaftsklassen entscheidenden Einfluß auf die Staatsverwaltung und Politik ausgeübt.

In der vormittelalterlichen Zeit waren es die Fürsten, die den Staat allein lenkten und darstellten. Im Mittelalter und nach ihm erstrebte und gewann der Adel wachsenden Einfluß auf den Staat. In den letzten Jahrhunderten, noch bis in die neuere Zeit, wurden die leitenden Staatsmänner, die Gehilfen der Fürsten, dem Adel entnommen. Auch als das Bürgertum sich handelnd in die Staatspolitik einzumischen begann und der Absolutismus der Fürsten sich das Mitregieren der Volksvertreter sicherte, behielt der Adel noch lange das Vorrecht, die leitenden Staatsmänner zu stellen.

Erst in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts wurde das absolute Privileg der Geburtsaristokratie durchbrochen und neben ihm tauchten immer mehr Vertreter der neuen Geldaristokratie unter den Staatsmännern auf. Immer noch zog aber das Erfordernis der Hof- und Gesellschaftsfähigkeit sowie der Berechtigungsschein scharfe, unübersteigbare Schranken nach unten, gegenüber den breiten Massen des Volkes.

Die Wirkung der allgemeinen Schulpflicht und zuletzt das allgemeine Wahlrecht machten dann im letzten Drittel des letzten Jahrhunderts die breiten Volksmassen zu Mitlenkern des Staates. Seitdem sehen wir ein zähes Ringen dieser Volksmassen um die Beseitigung des Vorrechtes der bisher führenden Volksschichten auf die praktische Leitung der Geschicke des deutschen Volkes und Staates. Adel, Besitz und die durch ihn erworbene und durch den Berechtigungsschein anerkannte Bildung erwies sich aber bis in das letzte Kriegsjahr hinein stark genug, diesem Streben erfolgreich Widerstand zu leisten.

Inzwischen hat das allgemeine Wahlrecht das Volk in starkem Maße politisiert. Durch jahrelange Tätigkeit in den Standesorganisationen, den Selbstverwaltungskörperschaften der sozialen Versicherungsanstalten und in den Gemeinden- und Staatsparlamenten waren wertvolle Talente aus dem Kreise der Arbeiterschaft an die Oberfläche des deutschen politischen Lebens gekommen. Schrittweise erkämpften sie Boden für die Auffassung, daß auch der Arbeiterstand dafür reif geworden sei, sich durch eigene Vertreter an der Leitung des Staates zu beteiligen.

Der Wille zu dieser gleichberechtigten statsbürgerlichen Betätigung mußte im Arbeiterstande entstehen als Folge seiner wirtschaftlichen und sozialen Lage.

Die industrielle und gewerbliche Entwicklung hatte den Lohnarbeiterstand zur zahlenmäßig stärksten Bevölkerungsgruppe werden lassen. Die Arbeitermassen begannen wirtschaftlich und sozial sich als Stand zu fühlen und sich durch die Gewerkschaftsbewegung im wirtschaftlichen und sozialen Leben Geltung zu verschaffen. Die gewerkschaftliche Betätigungsmöglichkeit (Koalitionsfreiheit) und die soziale Gesetzgebung hingen von den politischen Parlamenten ab. Das mußte den Arbeiter die Notwendigkeit staatsbürgerlicher Betätigung mit zwingender Gewalt klar machen. Dazu kam noch die wachsende Einsicht in die Bedeutung der Zoll-, Steuer-, Wohnungs-, Schul- usw. -Gesetzgebung für die Lage und Zukunftsentwicklung des Arbeiterstandes.

Was nützte dem Arbeiter die Gewerkschaft, wenn die Gesetzgebung ihr so enge Schranken zog, daß sie nicht mit durchgreifendem Erfolg die Lage des Arbeiterstandes verbessern konnte?

Was nützte dem Arbeiter seine durch die Gewerkschaftsarbeit erreichte Lohnerhöhung, wenn sie durch unsoziale Steuer- und andere Gesetze wieder zum Teil beseitigt wurde?

Was hatten für den Arbeiter alle Lohnerhöhungen für einen Wert, wenn sein Leben und seine Gesundheit im Betriebe nicht durch gesetzlichen Arbeiterschutz geschützt, von Gesetzes wegen nicht für gesunde Wohnungen gesorgt wurde?

Auf welchem anderen Wege als durch zielbewußte staatsbürgerliche Betätigung konnte die Arbeiterschaft ihre soziale und staatsbürgerliche Gleichberechtigung erreichen?

Trotz der starken sozialen Initiative des deutschen Kaisertums klammerten sich die alten Führerschichten in blindem Egoismus und Selbstüberhebung an ihre traditionellen Vorrechte und gruben damit dem kostbaren Gut der deutschen Monarchie das Grab. Mit ihr ist auch das schöne Ideal der christlich-nationalen Arbeiterbewegung, das konstitutionelle, soziale Kaisertum, dahingesunken.

Was dem Arbeiterstande kurzsichtigerweise jahrzehntelang vorenthalten war, in der Stunde tiefsten Unglücks für das deutsche Volk rissen es die radikalisierten Arbeitermassen an sich. Wir christlich-nationalen Arbeiter haben das nicht gewollt und hätten es nicht getan. Die Monarchie stand unserem Ziel der wirtschaftlichen, sozialen und staatsbürgerlichen Gleichberechtigung nicht im Wege. Ihr Sturz und die ganze revolutionäre Umwälzung hat unschätzbare wirtschaftliche, politische, vor allem aber sittliche und ideelle Werte zerstört: Staatsautorität, Verantwortlichkeitsgefühl, Arbeitsfreudigkei hat einen so starken Stoß erhalten, daß es lange Jahre zur Heilung dieser sittlichen Schäden bedarf.

Weil wir im Gegensatz zur Sozialdemokratie Wert und Bedeutung dieser sittlichen Grundlagen jeder gesunden Volksgemeinschaft von jeher gewürdigt haben, hätten wir niemals die Revolution gemacht und ihre unglücklichen Folgen auf unser Gewissen genommen. Trotz der geradezu verderblichen Haltung der preußischen Konservativen in der Wahlrechtsfrage und all der anderen Hindernisse, die sich der Gleichberechtigung des Arbeiterstandes im alten Deutschland in den Weg stellten. Mit der Schuld dieser Revolutionsfolgen beladen steht die Sozialdemokratie aller Schattierungen vor der Geschichte da.

Nun stehen wir mit plötzlichem Übergang im neuen Deutschland. Die Schranken sind gefallen, die der Gleichberechtigung des Arbeiterstandes entgegenstanden, altererbte Vorrechte des Standes und Besitzes sind dahin. Leider haben sich große Arbeiterschichten im Vollgefühl der neuerworbenen Macht benommen wie richtige Parvenüs, wie Kriegsgewinnler. Mit kindischem Übermut und frivoler Leichtfertigkeit haben sie sich in das ihnen ungewohnte Gebiet der Regierungskunst gestürzt und in den Betrieben, Gemeinden und Staaten gehaust wie der Ochse im Porzellanladen. Das ist die Folge der falschen, unverantwortlichen Erziehung der Massen durch die Sozialdemokratie. Diese Arbeiter haben auf sich dieselbe Schuld geladen, die die bisher bevorrechtigten Stände sich bisher dem Arbeiterstande gegenüber zuschulden kommen ließen. Wie bisher die Handarbeit und die Kopfarbeit nicht richtig gewertet und anerkannt wurden, so haben die revolutionären Arbeiter den Wert und die Bedeutung der geistigen Arbeit total mißachtet und unterschätzt. Und das trotz des warnenden Beispiels der russischen Bolschewisten, die längst die zuerst radikal verjagten Techniker und Betriebsleiter, Offiziere und Beamte zurückgeholt haben und ihnen fürstliche Gehälter zahlen.

Die christlich-nationalen Arbeiter haben sich von dieser Revolutionskrankheit frei gehalten, sie wissen, daß die wahnsinnigen Idee von der Diktatur des Proletariats ins Verderben führen muß. Wir wollen nicht herrschen, sondern gleichberechtigt am Neuaufbau unseres Volkslebens mitarbeiten, wie wir auch im wirtschaftlichen und sozialen Leben nichts als Gleichberechtigung wollen.

Darum wenden wir uns aber auch mit aller Leidenschaftlichkeit dagegen, daß von vielen Seiten jetzt die Revolutionssünden radikaler Arbeitergruppen — wobei vielfach Akademiker als Führer auftraten wie Liebknecht, Barth, Eichhorn, Eisner — dem ganzen Arbeiterstand schlechthin zur Last gelegt werden. Es ist der plötzlich und unvorbereitete revolutionäre Übergang, der die vielen Erscheinungen politischer und wirtschaftlicher Unreife notwendig zur Folge haben mußte. Wenn aber heute ein großer Teil bürgerlicher Politiker immer lauter das Loblied der alten Verhältnisse singt, so lehnen wir christlich-nationalen Arbeiter es ganz entschieden ab, darin einzustimmen. Wir fühlen keine Ursache, wie die Juden an der Klagemauer in Jerusalem um das alte Deutschland in seiner Gesamtheit zu trauern, nachdem es ohne unsern Willen einmal zerfallen ist. Gewiß haben die Revolutionsmacher jetzt ihre vollendete Unfähigkeit bewiesen: Aber wie war es denn mit den Herrschaften, die vorher Deutschland regierten?

Die dem Arbeiter in Preußen das gleiche Wahlrecht verweigerten, haben doch auch vor und während des Krieges den Wucher nicht verhindert, die Verflachung und teilweise Demoralisierung des Offizierkorps im Kriege nicht unterbunden usw. Immer klarer wird es uns heute, daß unsere nur aus den bevorrechtigten Gesellschaftskreisen entnommene Diplomatie in ihrem Verhalten vor und während des Krieges hervorragend an unserem tiefen Fall mitgearbeitet hat. Darum sind wir vom allertiefsten Mißtrauen erfüllt gegen alle, die uns allzulaut und allzugeschäftig die Segnungen der alten Verhältnisse preisen.

Wir christlich-nationalen Arbeiter wollen als gleichberechtigte Staatsbürger an der Erneuerung unseres nationalen und völkischen Lebens mitarbeiten. Wir haben nie dem Internationalismus gehuldigt und wissen, daß nur aus der Wiedererweckung des Nationalbewußtseins die Kraft zum Aufstieg des deutschen Volkes kommen kann. Dieses Nationalbewußtsein muß aber das ganze Volk erfassen. Darum muß es durchdrungen sein von sozialem Geist. Wir lehnen daher auch heute noch den Klassenkampf der Sozialdemokratie ab und haben darum auch nach der Revolution der starken Versuchung zur Gründung einer christlich-nationalen Arbeiter- und Angestelltenpartei widerstanden. (Fortsetzung folgt.)

Frankreich ratifiziert.

Mit 372 gegen 53 Stimmen.

Nach 23 Sitzungen schloß die französische Kammer am Donnerstag nachmittag ihre Beratungen über den Friedensvertrag. Die Ratifikation des Vertrages wurde mit 372 gegen 53 Stimmen beschlossen.

Desgleichen wurde die Vorlage über die Ratifikation des militärischen Abkommens zwischen Frankreich, England und Amerika mit 501 Stimmen endgültig angenommen.

Der Abschluß der Aussprache.

Die allgemeine Aussprache wurde nach den Ausführungen Augagneurs und Franklin-Bouillons geschlossen. Der Sozialist Augagneur vertrat den Standpunkt, daß Frankreich nicht der Teil der Siegesfrucht geworden sei, auf den es Anspruch gehabt hätte. Der Vertrag sei kein wirklicher Friedensvertrag. Die Regierung selbst habe zugestanden, daß eine ungeminderte, fortwährend aufrecht zu haltende Energie notwendig sei, um seine Ausführung sicherzustellen. Das allein sei schon beunruhigend. Das französische Volk habe von diesem Kriege das Ende aller Kriege erwartet, und die, die sich geschlagen hätten, hätten die allgemeine Entwaffnung erwartet. Diese Entwaffnung habe der Frieden nicht gebracht. Sie sei kompromittiert worden an dem Tage, an dem Lloyd George erklärt habe die englische Flotte müßte erhalten bleiben. Er wolle gern zugeben, daß das erschöpfte Deutschland zehn bis fünfzehn Jahre hindurch den Friedensvertrag erfüllen werde, aber was dann? Der Artikel 10 des Völkerbundsstatuts spreche nur von einer Intervention im Falle eines Angriffs, und werde Deutschland nicht Gelegenheit finden, einen Angriff zu maskieren?

Nach Augagneur ergriff der nationalistische Abgeordnete Franklin-Bouillon das Wort. Er griff hauptsächlich Clemenceau an, der den Völkerbund vor dem Frieden gemacht habe; er habe über keinen Punkt Aufklärung gegeben. Die Regierung habe nicht den Waffenstillstand abgeschlossen, den Frankreich verdient hätte und sie habe einen schlechten Frieden abgeschlossen, wie sie das Parlament beiseite geschoben habe. Clemenceau habe ein Minimum von Frieden in einem Maximum von Anarchie erreicht.

Hierauf erfolgte die Abstimmung.

Die kleine Minderheit, die jetzt gegen die Ratifizierung gestimmt hat, dürfte fast nur aus Sozialisten bestehen. Die meisten derjenigen Abgeordneten, die, wie die Barthou, Franklin-Bouillon, Lefevre, die Friedensbedingungen noch zu schwächlich, Deutschland nicht genügend geknebelt finden, haben sich entweder der Stimme enthalten oder ihre Zustimmung in besonderen Erklärungen mit Vorbehalten begleitet.

So hat der bekannte Deutschenhasser Maurice Barres im Namen einer gewissen Anzahl von Abgeordneten eine Erklärung abgegeben, in der es heißt: „Frankreich achtet den Wunsch der Bevölkerungen, die, ohne sich von Deutschland zu trennen, eine Selbstverwaltung wünschen, die sie der preußischen Herrschaft entzieht. Es ist bereit, diese Wandlung der rheinischen Bevölkerungen zu einer Staatsform hin zu erleichtern, die ihnen ein Gedeihen und die freie Entwickelung ihres Geistes ermöglicht. Wir bitten, daß alle notwendigen Maßregeln ergriffen werden, um die Beziehungen zwischen Frankreich und den Rheinlanden zu vertiefen."

•

Wie der „Matin" meldet, wird am Freitag der Kammer ein Antrag zugehen, der bestimmt, daß die gesetzgebende Macht der Kammer am 1. Dezember ihr Ende erreicht. Nach einigen Blättern werden in diesem Fall Kammerneuwahlen am 9. November stattfinden.

•

Die Inkraftsetzung des Friedensvertrages

dürfte in nicht allzu weiter Ferne stehen. Das italienische Ministerium hat bereits vor einigen Tagen beschlossen, den Friedensvertrag durch königliches Dekret unter Vorbehalt der späteren Zustimmung des neuen Kabinetts zu ratifizieren, sobald entweder das französische Kabinett oder der amerikanische Kongreß die Ratifikation vollzogen hat.

Die Zukunft unseres Handels.

Eine Rede des Reichswirtschaftsministers.

Der Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt hielt am Donnerstagnachmittag vor dem Zentralverband des Deutschen Großhandels in Hamburg eine bemerkenswerte Rede über die Zukunft des deutschen Handels. Er entwickelte darin sein Wirtschaftsprogramm, insbesondere soweit es die Forderungen des Handels betrifft.

Der Minister führte u. a. aus:

„Ich stehe nicht an, trotz der maßlosen Angriffe, die während des Krieges gegen die Zwangswirtschaft erhoben worden sind, es klar auszusprechen, daß ich bei Anerkennung aller Mängel diese Wirtschaftsmethode auch heute noch als die einzig denkbare Methode der Kriegswirtschaft ansehe. Jetzt die Entwickelung in ein neues System hineinzwingen, wäre verkehrt; wir müssen zum natürlichen Aufbau zurück. Das Kennzeichen der gegenwärtigen Wirtschaftsepoche ist gerade diese Flüssigkeit und Unsicherheit. Um nur einige Momente aufzuzählen, nenne ich voran die Valuta. So verheerend der Tiefstand der Mark auf unsere Einfuhrgeschäfte wirkt, das allerschlimmste sind die unaufhörlichen Schwankungen des Geldwertes. Sie machen jede Kalkulation unmöglich und verwandeln die ganze Zirkulation von Geld und Ware in ein reines Spekulationsgeschäft.

Die Aufnahme großer ausländischer Kredite gilt allgemein für ein wirksames Heilmittel unserer Währungsnot. So notwendig diese Operation zur Stützung unserer unmittelbar notwendigen Kaufgeschäfte ist, ein Allheilmittel gegen die Valutakalamität ist sie nicht. Das Währungsproblem ist ein internationales Problem, unter dem fast alle kriegführenden Staaten, auch der größere Teil der Sieger, zu leiden haben. Nur eine internationale Regelung eine Neuausbalancierung der Kurse durch eine internationale Anleihe bringt endgültige Heilung. Ebenso dringend ist aber für uns, daß endlich das Loch im Westen verstopft wird und wir eine normale Grenze erhalten. Leider haben die langwierigen Verhandlungen mit Frankreich immer noch nicht zum erwünschten Ergebnis geführt.

Wenig Bedeutung lege ich den manchmal geäußerten Befürchtungen bei, die deutschen Waren würden keine Absatzmärkte finden. Fragen Sie bei unseren großen Exportindustrien an, sie sind überhäuft mit Aufträgen. In der allernächsten Zeit ist die Freigabe der Einfuhr für weitere Rohstoffe beabsichtigt. Zur Ausfuhr sind freigegeben: Textil-Fertigfabrikate, soweit sie nicht Gegenstände des täglichen Bedarfs sind, Kautschukfertigfabrikate, gewisse Eisen- und Stahlerzeugnisse. Auf dem Gebiete der Ernährung ist die Einfuhr von Reis, Hülsenfrüchten und Kakaobohnen freigegeben und die innere Bewirtschaftung aufgehoben. Die technische Durchführung der Aus- und Einfuhrregelung für die nächste Zeit ist so gedacht, daß die Einfuhr grundsätzlich verboten bleibt. Für die freigelassenen Artikel wird eine detaillierte Freiliste ausgearbeitet werden. Umgekehrt soll die Ausfuhr grundsätzlich erlaubt sein. Für die verbotenen Waren wird eine Verbotsliste aufgestellt.

Wir haben mit vieler Mühe in der Kohlenproduktion eine gewisse Stetigkeit erzielt. Auch aus manchen anderen Zweigen der Industrie ist mir bekannt, daß Arbeitswille und Arbeitslust allmählich wiederkehren. Dieses allmähliche Erwachen des Produktionswillens darf auf keinen Fall durch übereilte Experimente gestört werden. Wenn sich der Handel als Glied der gesamten deutschen Volkswirtschaft fühlt und bereit ist, in den schweren

Sie suchet nicht das Ihre.

(Erzählung von Lilli Gottfried.)

Meine liebe, kleine Schwester!

Mitternacht ist längst vorüber, und ich sitze hier in einem Hause meiner Gemeinde an einem Sterbebett, — am Sterbebett meiner Gertrud. Mit ihr stirbt meine letzte Hoffnung auf irdisches Glück, und meine Seele ist zerrissen und selbst sterbensmatt. Aber doch strengt sie ihre letzte Kraft an zu einem Lobpreis der ewigen Gnade meines Gottes, die auch dies verlorene Kind gesucht und gefunden hat und es nun heimholen will.

Sie, meine treue Bundesgenossin, haben mit mir gerungen und gebetet um die Seele meiner Gertrud, Sie haben ein Recht, auch diese Stunde mitzuerleben. Ich weiß, Sie werden mit mir fühlen, mit mir trauern und mit mir danken. — Doch ich will versuchen, alles vernünftig zu erzählen.

Es war heute in der Dämmerung. Ich kam eben von Krankenbesuchen in der Gemeinde zurück, da wurde ich ins Nachbarhaus gerufen. Die Freundin der jungen Frau, die gestern zu Besuch gekommen, sei schwer erkrankt und wünsche mich zu sprechen. Ich ging hin und fand — Gertrud. Was in mir vorging, als ich sie so unerwartet vor mir sah, totenbleich, auf den Wangen Kirchhofsrosen, ein blutbeflecktes Taschentuch gegen die Lippen pressend, das können Sie mir vielleicht nachempfinden, beschreiben kann ich es nicht. — Sie streckte mir die Hand entgegen, und ein Blick traf mich — so voll heißer Liebe — es war der Blick einer Sterbenden. O Gott! sie stirbt! Ist sie bereit? Das war mein einziger Gedanke. „Gertrud!" schrie ich, alle Vorsicht vergessend, „weißt du, daß du sterben mußt?" Sie lächelte, sah mich glücklich an, schüttelte den Kopf und bewegte die Lippen. Ich neigte mich zu ihr. „Ich — fürchte — mich — nicht," sagte sie kaum hörbar, „ich — gehe — heim." Sie atmete mühsam, ihre Kraft war erschöpft.

Und ich? . . . Durch dunkle Wetterwolken, die mich rings umgaben, brach ein Strahl des Lichts, und über den Fluten des Leides, durch die mein Weg führte, wölbte sich der Bogen des Friedens. Dankend und anbetend sank ich nieder, und ein Jauchzen ging durch meine Seele. Noch zittert dieser Jubel in mir nach und bannt die Stimme des Trauerns und Klagens, die sich auch hören lassen will. — Nein, ich will kein Schwächling sein! Mein Gott, laß mich stark bleiben! — Sie schläft so friedlich, meine Gertrud. Bald wird sie im hellen Glanz der Sonne stehen, die einen Strahl auch in mein Dunkel sandte. . . Wie leise der Pulsschlag! Sie wird mir am Ende nicht wieder aufwachen. Ach, wenn sie mich noch einmal anschauen möchte, ehe sie von mir geht! „Gertrud! Liebste!" — — — — — — — — — — —

Es ist geschehn! . . . Sie ist daheim. — Meinen leisen Ruf hat sie vernommen, hat mich noch einmal angeschaut . . o Gott! „Lieber Fritz!" hat sie gehaucht, — ich hab es mehr gefühlt als gehört — „auf Wiedersehn — — daheim! . . . Grüß Dora!" Noch mehr wollte sie sagen, der Tod nahm ihr das Wort von den Lippen . . O Gertrud, Gertrud, jetzt bist du am Ziel, und ich kann dir nichts mehr sein, nichts mehr für dich tun. Nicht einmal mein Gebet hast du mehr nötig. — Ach, ich fühle mich so einsam, so grenzenlos einsam! — —Am Neujahrstag betten sie die Geliebte meines Herzens in die kühle Gruft im Schatten meines Kirchleins, und ich — ich muß an ihrem Grabe reden von dem, was gewesen, und von dem, was sein wird. — Gedenken Sie meiner! — Ich — ich — kann nicht mehr — —

Hier endete der Brief. Keine Unterschrift! Dora war im Innersten erschüttert. Sie sah den geliebten Mann vor sich, wie er alle Kraft anstrengte, stark und gelassen zu bleiben; wie er plötzlich die Feder hinlegte, das Gesicht mit den Händen bedeckte und dumpf aufstöhnte; hätte sie doch bei ihm sein und mit ihm weinen können! — Und heute — am Neujahrstag — ging er vor ihrem Sarge her und mußte zeugen von dem Sieg über Grab und Tod. Hatte er selbst ihn gefunden? — „Herr, mein Gott, hilf ihm! Gib ihm Kraft, Kraft, Kraft!" Den ganzen Tag war sie bei dem einsamen Mann mit all ihren Sinnen und Gedanken. Am Abend schrieb sie ihm:

Mein lieber, armer Bruder,

was soll ich Ihnen sagen? „Du bist ein verborgener Gott, du Gott Israels, der Heiland!" Ja fürwahr: ein verborgener Gott! Seine Wege gehen durch tiefe Wasser und sind doch höher denn unsere Wege. Und er bleibt immer der Heiland. Er schlägt Wunden, aber er verbindet auch. Hat er nicht schon das Heilmittel bereit gelegt, ehe er den letzten, schmerzenden Schnitt tat? Wie freundlich hat er unser Gebet erhört und das verirrte Schäflein heimgebracht! Und er hat es alsbald auf die himmlische Weide versetzt, wo es kein Verirren, kein Sichverlieren mehr gibt, wo ewige Ruhe und Sicherheit herrscht. Er wird wissen, warum er das getan hat. Von uns kann er verlangen, daß wir's ihm zutrauen, daß er alles recht macht. — Ich hätte Ihnen so von Herzen ein gemeinsames Wandern zur Heimat gewünscht. Nun ist Gertrud Ihnen vorangegangen; sie hat das Ziel erreicht, nach dem Sie und wir alle unter viel Mühen und Kämpfen streben; sie ist geborgen vor allen Stürmen, denen wir tagtäglich ausgesetzt sind. Sie bleibt ihnen unverloren und wartet Ihrer. — Daß Sie sich einsam fühlen, kann ich Ihnen so gut nachempfinden. Aber Sie kennen ja den, der „des Lebens Mangel ausfüllt mit dem, was ewig steht." Er ersetzt dem einsamen Herzen alles, was er ihm hat nehmen müssen. Ich wünsche und erbitte Ihnen, was wir gestern abend gesungen haben:

„Hilf du uns durch die Zeiten und mache fest das Herz!
Geh selber uns zur Seiten und führ uns heimatwärts!
Und ist es uns hienieden so öde, so allein,
O laß in deinem Frieden uns hier schon selig sein!"

Ach, daß ich es Ihnen herabflehen könnte: ein festes, fröhliches Herz, ein kindlich gläubiges Vertrauen, einen steten, seligen Frieden in allem Streit, eine tiefe, innere Freude, die von keinem Leid getrübt werden kann. Ich kann es nicht, aber Gott ist reich über alle, die ihn anrufen. Er sei mit Ihnen und Ihrer Dora Ribbers.

(Fortsetzung folgt.)

Uebergangsjahren, die uns noch bevorstehen, mitzutragen an den Opfern und sich diejenige Selbstbeschränkung aufzuerlegen, die notwendig ist, damit wir den sozialen Frieden im Lande wiederherstellen und bewahren, dann werden wir auf sicherem Boden den Aufbau vollziehen."

Das Loch im Westen.

Der Schmuggel im besetzten Gebiet.

Anläßlich der Valuta-Interpellation sind von den Rednern aller Parteien durchgreifende Maßnahmen von der Regierung gefordert worden, um der unkontrollierbaren Einfuhr von Waren ins besetzte Gebiet Einhalt zu gebieten. Der Warenschmuggel hat gegenwärtig für den gesamten deutschen Handel im übrigen Deutschland geradezu vernichtende Formen angenommen.

Eines dieser Löcher, durch das wöchentlich Dutzende von Millionen deutschen Geldes nach Belgien wandern, ist, wie dem „Vorwärts" von gut unterrichteter Seite mitgeteilt wird, das unter belgischer Besatzung stehende Aachen, das allmählich zum Hauptstapelplatz für amerikanische, englische und belgische Waren geworden ist. Von dort aus wird das nördliche Rheinland, Hannover, Westfalen und weite Gebiete des übrigen unbesetzten Gebietes mit Waren versorgt, die samt und sonders ohne jede Kontrolle und Zollzahlung hereinkommen. Bekanntlich haben die Ententestaaten das vor kurzem in Weimar beschlossene Gesetz über die Zahlung der Zölle in Gold nicht anerkannt. Auf diese Weise kommt die Einfuhr im besetzten Gebiet bedeutend billiger zu stehen, auch wenn — übrigens in den wenigsten Fällen — die Zölle nach den alten Sätzen entrichtet werden, während die Einfuhr über die deutschen Seestädte durch die Entrichtung der Zölle in Gold wesentlich verteuert, ja nahezu unmöglich gemacht wird. Durch den Ausfall der Zölle und die Lahmlegung des Handels in den deutschen Seestädten wird das deutsche Wirtschaftsleben auf das empfindlichste geschädigt.

Die Ueberwachung der Grenze von Aachen bis Cleve wird einfach illusorisch dadurch, daß der Warenschmuggel vielfach von den Besatzungstruppen begünstigt wird, die unangefochten ausländische Waren in beliebiger Menge ins besetzte Gebiet schaffen. Nicht zu unterschätzen ist auch der allnächtliche Privatschmuggelverkehr. Ungeheure Summen zur Bezahlung der geschmuggelten Waren werden täglich über die Grenze geschafft.

Da es der Regierung nicht möglich ist, an der deutsch-belgisch-holländischen Grenze einen geregelten Grenzverkehr aufrecht zu erhalten, wurde vielfach eine schärfere Kontrolle der Eisenbahnstationen an der Besetzungsgrenze angeregt. Doch nach wie vor rollen Waggons über Waggons mit ausländischer Warenladung nach allen großen Städten Deutschlands. Sämtliche Gegenden sind heute schon überschwemmt mit englischen Zigaretten. Holland hat bereits seine sämtlichen großen, während des Krieges aufgestapelten Zigarrenvorräte nach Deutschland zu schaffen gewußt.

Diese unhaltbaren Zustände haben der deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei Anlaß gegeben, in der Nationalversammlung folgende Interpellation einzubringen:

„Nach dem das Gesetz über die Zahlung der Einfuhrzölle in Gold in den besetzten Gebieten nicht zur Durchführung gebracht werden konnte, ist eine unerträgliche Lage für den gesamten Handel im übrigen Deutschland entstanden, indem die Goldzahlung die einzuführende Ware derartig verteuert, daß die Einfuhr nur noch über das besetzte linksrheinische Gebiet möglich ist. Bei längerer Dauer dieses Zustandes ist der deutsche Handel der Gefahr ausgesetzt, dem völligen Ruin überantwortet werden. Insbesondere werden die deutschen Seestädte bedroht, die letzten Daseinsbedingungen völlig zu verlieren, während der Schleichhandel neue Gelegenheit findet, den legitimen Handel zu verdrängen, ins Ungemessene auszuwachsen und obendrein die geregelte Bahnverbindung und Kohlenversorgung vom Westen her aufs äußerste zu belasten und zu gefährden. Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um diesen unhaltbaren Zuständen schleunigst ein Ende zu bereiten?"

Der Reichsfinanzminister hat in der Nationalversammlung bereits mitgeteilt, daß in einer Konferenz am 10. Oktober über diese Frage, d. h. also wohl über die Ratsamkeit der Aufhebung der hier mit Recht so scharf angegriffenen Verordnung, verhandelt werden soll.

Gegenwärtig erwägt die Regierung auch scharfe Maßnahmen, um den unverantwortlichen Getreideschmuggel ins Ausland unmöglich zu machen. Der Getreideschmuggel hat bereits derartigen Umfang angenommen, daß die Brotversorgung des deutschen Volkes ernstlich gefährdet ist. Hoffentlich gelingt es der Regierung, den ungesetzmäßigen Verkehr im Westen so rasch, wie möglich zu unterbinden.

Ein Aufruf zum Bürgerkrieg.

Die Verhetzung der Berliner Arbeiterschaft.

In den Ansammlungen, die sich nach der Auflösung der vom Metallarbeiterverband einberufenen Versammlungen auf den Straßen Berlins gebildet hätten, wurde vielfach das Blatt „Der revolutionäre Arbeiter" vertrieben, das vom „Kommunistischen Komitee zur Förderung der Diktatur des Proletariats" herausgegeben wird. Das Blatt trägt an seiner Spitze einen Aufruf mit der Ueberschrift:

„Auf die Barrikaden!",

in dem es u. a. heißt:

„Wann endlich werdet Ihr begreifen, daß Euch solche wirtschaftlichen Streiks nie zum Ziele führen können? — Seht die Zeichen von Mailand, denkt an die kleinen Möchtegern-Bonzen unter Euch! — Schlagt sie zusammen, daß die Fetzen fliegen! Reißt herunter die Maske vom „wirtschaftlichen Streik". — Wisset, daß alles Politik ist, und daß nur der politische Massenstreik Euch retten kann. Streikt! Reißt ein: Sabotiert! Nichts mehr habt Ihr zu verlieren, aber alles zu gewinnen! Auf die Barrikaden!

An diesem Machwerk können die Arbeiter erkennen, wozu sie mißbraucht werden sollen.

Der Metallarbeiterstreik hat sich in den letzten beiden Tagen nicht weiter ausgedehnt. Neue Betriebe sind in den Ausstand nicht einbezogen worden. Offenbar haben die inzwischen eingeleiteten Verhandlungen zurückhaltend auf die Fünfzehnerkommission eingewirkt. Bei den Demonstrationsversammlungen sind im ganzen 24 Funktionäre festgenommen worden. Die Festgenommenen wurden auf Grund des Belagerungszustandes dem außerordentlichen rikegsgericht zur Vernehmung zugeführt. Sollte sich ergeben, daß keine besonderen Delikte gegen sie vorliegen, so werden sie sofort wieder entlassen werden. Der Abg. Brühl (U. Soz.), der ebenfalls verhaftet worden war, ist nach seinem Ausweis als Abgeordneter sofort wieder freigelassen worden.

Die Nationalversammlung.

— Berlin, 3. Oktober.

Die Verkehrsnot auf dem flachen Lande.

Die heutige Sitzung wurde eröffnet mit einer Anfrage des Abg. **Weinhausen** (Dem.), was die Regierung zu tun gedenke, um dieser Verkehrsnot der kleinen Städte und des flachen Landes wirksam entgegenzutreten und ob sichere Aussicht vorhanden sei, daß bei Eintritt der erheblich erhöhten Postgebühren wenigstens die alte Zuverlässigkeit und Schnelligkeit der Post wieder eintrete.

Unter großem Widerspruch des Hauses erklärte ein Vertreter des Reichspostministeriums, daß der Post- und Telegraphenverkehr der kleinen Städte und des flachen Landes sich verhältnismäßig günstig abwickle. Wenn Telegramme über diesen Bereich hinaus gingen nach den Großstädten, so müssen sie die großen Verkehrslinien, die stark belastet sind, mit benutzen. Verzögerungen seien da unvermeidlich, da es trotz aller Anstrengungen noch nicht möglich gewesen sei, die durch die Kriegszeit entstandenen Mängel zu beseitigen. Unter diesen Umständen vermöge die Verwaltung auch noch nicht zuzusichern, daß schon in allernächster Zeit die alte Zuverlässigkeit eintrete.

Besondere Beachtung verdiente die Anfrage des Abg. Dr. **Nießer** (D. Vp.) über die bekannten Aeußerungen Scheidemanns in Kassel. Er sagte damals, daß er und andere Kabinettsmitglieder, die an ihrem Nein gegenüber dem Friedensvertrag festgehalten hätten, dazu durch wichtiges Material aus dem Auslande bewogen worden wären. Dr. Nießer fragte nun, ob die Regierung bereit wäre, dieses Material nunmehr nachdem es seinerzeit bedauerlicherweise der Nationalversammlung nicht mitgeteilt worden wäre, ihr zu übermitteln. Ein Vertreter des Auswärtigen Amtes antwortete, das Material wäre der Reichsregierung nicht bekannt. Auf eine Ergänzungsanfrage Dr. Nießers erklärte der Vertreter des Amtes, er nehme an, der Reichsminister des Auswärtigen werde bereit sein, im Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten ausführlich auf die Angelegenheit einzugehen. (Lebh. Hört: Hört! rechts.)

Eine Anfrage über das Verbot des Religionsunterrichts und des Schulgebets durch den Kultusminister im Freistaat Gotha wurde dahin beantwortet, daß die Reichsregierung bereits Verhandlungen in dieser Angelegenheit eingeleitet hat. Außerdem wird sich die Vorkonferenz der Reichsschulkonferenz am 22. Oktober mit den strittigen Fragen eingehend beschäftigen.

Abg. Dr. **Becker-Hessen** (D. Vp.) führte Klage darüber, daß Gemeinden im besetzten Gebiet, die aus Requisitionen und Einquartierungen Forderungen an die Reichskasse haben, auf Auszahlungen ungebührlich lange warten müssen oder überhaupt nicht bezahlt würden. Diese Zahlungen sollten mit besonderer Beschleunigung geleistet werden. Ein Vertreter des Auswärtigen Amtes erklärte diese Klagen für berechtigt. Die Besatzungsmächte haben bisher die Ausführung des deutschen Gesetzes nicht zugelassen. Durch Verhandlungen ist erreicht worden, daß die englischen und amerikanischen Befehlshaber jetzt die Feststellung der Vergütungen gestattet haben, so daß nach Abschluß des Feststellungsverfahrens der Auszahlung nichts im Wege steht. Die Franzosen haben dagegen ihren Standpunkt noch nicht aufgegeben. Inzwischen sind aus Reichsmitteln erhebliche Vorschüsse gezahlt worden.

Auf der Tagesordnung steht dann die Interpellation des Abg. Dr. **Heinze** (D. Vp.) betreffend Zahlung der Einfuhrzölle in Gold. Eine ausführliche Beantwortung der Interpellation konnte jedoch, wie der Reichsfinanzminister ausführte, zurzeit nicht erfolgen, da augenblicklich Verhandlungen mit den Alliierten schweben, um das deutsche Gesetz in Anwendung zu bringen

Der Gesetzentwurf, wonach Militärversorgungsgebührnisse auf das Arbeitsentgelt nicht angerechnet werden dürfen, wurde nach kurzer Beratung an den Ausschuß verwiesen.

Wohnungsfragen.

Hierauf beschäftigte sich das Haus mit der Interpellation **Wachhorst de Wente** (Dem.) über die Bewilligung weiterer Mittel zur Errichtung von Kleinwohnungen.

Abg. **Wachhorst de Wente** (Dem.) begründete die Interpellation. Der Staat hat die Pflicht, auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge finanziell einzugreifen. Es ist so schlimm geworden, daß man nicht von einer Wohnungsnot, sondern von einem Wohnungselend sprechen muß. Diese Frage kann nur gelöst werden, wenn das Reich, die Länder und die Gemeinden zusammenwirken. Die bisher ausgeworfenen Mittel genügen nicht, es sind weit größere Opfer nötig. Zunächst wird man in den Großstädten und Industrieorten eingreifen und neue Wohnungen schaffen müssen, aber auch auf dem platten Lande ist schnelle Hilfe dringend notwendig. Die Unterstützungsquoten dürfen auf dem platten Lande nicht nach denselben Grundsätzen bemessen werden wie in den Städten. Ueberhaupt müssen die Wohnungsbeihilfen auf dem Lande größer sein als sie bis jetzt in Aussicht genommen sind. Weiter wird darüber geklagt, daß die Großstädte bei der Verteilung der Beihilfen zu sehr bevorzugt werden. Von der ganzen bisher ausgegebenen Summe haben die kleinen Städte nur ein Zwanzigstel erhalten. Der Wohnungsbau in kleinen Städten und vor allem in Bergwerksorten ist wichtiger als in den Groß- und Industriestädten.

Die Regierung ist, wie der Reichsarbeitsminister Schlicke anschließend ausführte, bestrebt, auf dem Gebiete der Wohnungsfrage alles zu tun, was zu tun in ihren Kräften steht. Sie hat die Baukostenzuschüsse von 500 Millionen um 150 Millionen Mark erhöht, aber auch dieser Betrag reicht nicht aus, um auch nur die dringendsten Bedürfnisse zu erfüllen. Die Baukosten haben sich verfünffacht. Dieser Weg kann schon aus Mangel an Mitteln nicht zum Ziel führen. Daher wird im Augenblik geprüft wie in anderer Weise Abhilfe geschafft werden kann.

Die Abgg. **Gölzer** (Soz.), **Schirmer** (Zentr.) und **Mumm** (Dnatl.) bestätigen die Unhaltbarkeit der jetzigen Zustände.

Reichskommissar für das Wohnungswesen, Unterstaatssekretär **Scheidt:** Die Kohlennot, über die geklagt worden ist, wird noch größer werden, da der Industrie künftig 50 Proz. weniger Kohlen zur Verfügung gestellt werden können. Man muß daher künftig mehr Ersatzmaterial heranziehen. Die Holzbauten stellen sich außerordentlich teuer, sodaß man diesen Weg wohl nicht weiter beschreiten wird. Mit Lehmbauten hat man dagegen bessere Erfahrungen gemacht.

Abg. Henke (U. Soz.) fordert Sozialisierung des Wohnungswesens.

Abg. Oertel (D. Vp.) erklärt es für eine sittliche und wirtschaftliche Notwendigkeit, dem Wohnungsmangel abzuhelfen.

Damit ist die Interpellation erledigt.

Sonnabend 1 Uhr: Ergänzung zum Besoldungsetat: Berichte der Ausschüsse für Petitionen und Volkswirtschaft.

Preuß. Landesversammlung.

— Berlin, 3. Oktober 1919.

Kleine Anfragen.

Das Haus erledigte heute zunächst kleine Anfragen.

Zu einer Anfrage des oberschlesischen Abg. Richtarsky (Ztr.) erklärte die Regierung, daß gegen die Zugehörigkeit von Magistratsmitgliedern und Stadtverordneten zum Volksrat nichts einzuwenden ist. Eine gegenteilige Entscheidung des Staatskommissars Hörsing in Leobschütz ist aus Gründen der öffentlichen Sicherheit erfolgt.

Zu der Anfrage des Abg. **Malkewitz** (D. natl.) über die Steigerung des Nahrungsmittelmangels und der Wohnungsnot durch die einwandernden galizischen und polnischen Juden, erklärt die Staatsregierung, daß eingewanderte Flüchtlinge als lästige Ausländer ausgewiesen werden können. Von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen, empfiehlt sich, soweit es sich um Militärdienstpflichtige handelt, nicht, solange im Osten der tatsächliche Friedenszustand noch nicht wieder hergestellt ist. Flüchtlinge aus Polen vor Judenpogromen dürfen aus Gründen der Menschlichkeit nicht ausgewiesen werden. (Beifall links.) Verbrecher wird die Regierung rücksichtslos abschieben; dabei spielt aber der konfessionelle Unterschied keine Rolle. (Beifall.)

Das Haus wandte sich dann der ersten Beratung des Gesetzentwurfs über die Ausführungsbestimmungen zum

Reichssiedlungsgesetz

zu. Dazu führte der Minister **Braun** aus, daß alle die schönen Pläne und Hoffnungen, die mit dem Reichssiedlungsgesetz verbunden seien, sich als gegenstandslos erweisen würden, wenn die Einzelstaaten und das Reich nicht außerordentliche finanzielle Mittel aufwenden würden. In dieser Richtung seien entsprechende Schritte eingeleitet. Der Minister betonte, daß gerade diese Gelder im Gegensatz zu der ungeheuren Summe von unproduktiven Ausgaben produktiv angelegt seien, in einem Maße, wie es sich günstiger gar nicht denken lasse. Die Vertreter der einzelnen Parteien gaben ihre Zustimmung zu dem Ausführungsgesetz, das dem Ausschuß überwiesen wurde.

Es folgt die Beratung der Verordnung vom 10. März 1919 über

Familiengüter (Fideikommisse).

Abg. **Graf Kanitz** (D. natl.): Die Fideikommisse hatten zweifellos auch große Vorteile: Sie schützten vor der volkswirtschaftlich so schädlichen Güterspekulation und boten dem Staat in schwierigen Zeiten eine sichere Geldquelle. Man hätte veraltete Bestimmungen beseitigen und das wirklich Gute erhalten sollen. (Sehr richtig.) Man tat das aber aus persönlichen und politischen Gründen nicht. Der Redner begründet sodann seinen Antrag auf Aenderung der Bestimmung daß, wenn am 1. April 1921 die Liquidation durch Familienschluß nicht durchgeführt ist, eine Zwangsauflösung stattzufinden hat.

Abg. **Dr. Berndt** (Dem.): Die neuliche Rede des Herrn Hergt war die konservative Theorie, heute haben wir aus dem Munde des Grafen Kanitz die Praxis gehört. Der „splendor familiae" sollte aufrecht erhalten bleiben ohne soziale Rücksichtnahme. Nein, auch hier heißt es: Freie Bahn dem Tüchtigen. Alte Familien sollen versinken, um neueren, kräftigeren Platz zu machen. Das liegt im wirtschaftlichen und sozialen Interesse. Es handelt sich hier nicht um altes Urrecht, sondern um altes Unrecht!

Die Abstimmung ergibt die Annahme der Vorlage. Angenommen wird gleichfalls der Antrag Berndt und gegen eine große Minderheit ebenfalls der Antrag Kanitz.

Es folgt die zweite Beratung des Staatshaushaltsplanes für die Verwaltung der

direkten und der indirekten Steuern.

Abg. **Hauschildt** (Soz.): Der Abg. Hergt ist hier als Ordnungsmessias aufgetreten und gerade er hat in seiner Ministerzeit nicht gewagt, den Kriegsgewinnlern durch Steuern auf den Leib zu rücken. (Lebhaftes Sehr wahr! links.) Von dem Finanzminister Dr. Südekum erwarten wir eine wesentlich andere Steuerverteilung als früher und eine erheblich veränderte Progression, durch die die großen Einkommen möglichst scharf erfaßt werden. (Beifall bei den Soz.). Das Steuervorrecht der Beamten muß fallen; das wünschen die Beamten selbst, wenn ihre Gehaltsverhältnisse so geordnet werden, daß sie auskömmlich leben können.

Nach weiterer Beratung vertagte das Haus die Weiterberatung auf Dienstag 12 Uhr. Außerdem kleine Anfragen und kleine Etats.

Deutsches Reich.

Mandatsniederlegung. Wie aus Berlin mitgeteilt wird, hat Herr Abgeordneter Wallbaum sein Mandat für die verfassunggebende Nationalversammlung niedergelegt. Herr Wallbaum hatte sich vor längerer Zeit entschlossen, die Leitung der von einem Konsortium gegründeten „Gesellschaft für politisch-wirtschaftliche Informationen" zu übernehmen. Nach dem jetzt bestehenden Wahlmodus wird aus der Liste der Deutsch-nationalen Volkspartei der frühere Landtagsabgeordnete Sieler-mann an die Stelle des Herrn Wallbaum rücken.

— Der Volkswirtschaftsausschuß der Nationalversammlung lehnte einen Antrag der Demokraten auf Aufhebung der Zwangswirtschaft für Seife mit großer Mehrheit ab.

— Zum Regierungspräsidenten von Arnsberg wurde der sozialdemokratische Abgeordnete Max König in Dortmund ernannt.

— An den deutschen Vertreter in Versailles ist eine gleichlautende Einladung zur Teilnahme an der Arbeiterkonferenz in Washington wie an den österreichischen Vertreter ergangen.

*

:: **Helfferich gegen Erzberger.** Bei einem Vortrag in Stuttgart wies Staatsminister a. D. Dr. Helfferich u. a. auf die Verhandlungen über die Festsetzung der deutschen Armee hin und sagte: Obwohl der preußische Kriegsminister und alle anderen sachverständigen Militärs erklärt hatten, daß die auf 100 000 Mann herabgesetzte Armee nicht ausreiche, habe Erzberger gesagt, 100 000 Mann genügten, das andere besorge die Polizei und der Völkerbund. Der Krieg habe das deutsche Volk 140 Milliarden gekostet, seit der Revolution wurden schon 35 Milliarden mehr ausgegeben. Die Tätigkeit Erzbergers sei eine Schleuder- und Bankerottwirtschaft. Er, Helfferich, habe an den Reichspräsidenten zwei Eingaben machen müssen, bis ihm erklärt wurde, das Strafverfahren gegen ihn sei eingeleitet. Das sei am 5 September gewesen, und seitdem habe er nichts mehr gehört. Dafür habe Erzberger ihn auf die Liste der Auszuliefernden setzen lassen wollen. Aber er gebe nicht nach in diesem Kampfe, der tödlich sein müsse für einen von beiden; deshalb habe er sich auch durch die Erzbergersche Drohung nicht einschüchtern lassen. Die Drohung habe ihn in dem Beschluß bestärkt: „Der Mann muß weg!"

:: **Noch kein neues Reichskabinett.** Eine Klärung in der Personenfrage für das neue Reichsministerium konnte bis jetzt noch nicht erfolgen, da der Reichspräsident sich zurzeit zur Eröffnung der internationalen Einfuhrmesse in Frankfurt a. M. befindet. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird der Abg. Schiffer das Reichsjustizministerium übernehmen, mit dem von nun an die Vizekanzlerschaft verbunden sein wird. Oberbürgermeister Koch, den die Demokraten bekanntlich für das Reichsministerium des Innern in Vorschlag bringen, widersetzte sich anfangs dem Wunsche seiner Parteifreunde doch dürfte seine Ernennung sicher sein. Offen bleibt noch die Frage, wer das neugegründete Ministerium für den Wiederaufbau übernehmen soll. — Inzwischen ist die Regierungsumbildung in Sachsen bereits erfolgt. Die sozialdemokratischen Minister Nitzsche und Buck scheiden aus dem Finanz- und aus dem Kultusministerium aus. An ihre Stelle werden die Demokraten Nitschke, Mitglied der Nationalversammlung und der sächsischen Volkskammer, und der Schulrat Dr. Seyfert, Mitglied der Nationalversammlung, berufen werden. — In Bayern konnte noch keine Einigung über die Umbildung des Ministeriums erzielt werden.

:: **Zwangsfrist für Räumung des Baltikums.** Die „Daily Mail" meldet aus Paris, daß an Deutschland wegen der Räumung des Baltikums gegen Mitte Oktober ein Ultimatum mit dreitägiger Frist ergehen wird. Aus Mitau melden französische Blätter, daß die lettische Regierung eine Offensive gegen die deutsch-russischen antibolschewistischen Truppen in Kurland beschlossen hat. 1½ lettische Divisionen seien auf der Front von Olei mit schwerer Artillerie angekommen. Zwei estnische Divisionen, die von der russischen bolschewistischen Front kamen, befinden sich auf der Straße Olai-Friedrichstadt. Die deutsch-russischen Truppen bereiten sich auf ihre Verteidigung vor.

:: **Die Lasten der Besatzung.** In einem Telegramm an den Reichsminister des Innern stellt der Vorstand des Verbandes Rheinisch-Westfälischer Gemeinden erneut fest, daß die durch die fremden Besatzungen den Gemeinden entstandenen Unkosten auch jetzt noch höchst mangelhaft erstattet werden. Die Aufregung darüber wächst. Der Minister wird dringend gebeten, nunmehr endlich durchgreifende Maßregeln zu treffen, um den Klagen abzuhelfen und fernerhin auch der Frage der Vergütung von Sachschäden näher zu treten, welche durch den Rückmarsch unserer Heere entstanden sind. — Wie der „Temps" mitteilt, soll die französische Regierung verlangt haben, daß die Unterhaltungskosten für das Besatzungsheer in Deutschland auf der Basis des französischen Tarifs, der für jeden Tag 16 Frank pro Soldat vorsieht, und nicht auf der Basis des amerikanischen Tarifs, der 30 Frank festsetzt, berechnet werden.

:: **Elbing dem Regierungsbezirk Königsberg zugeteilt.** Die Stadt Elbing ist vom 1. Oktober d. J. ab offiziell dem Regierungsbezirk Königsberg zugeteilt worden. Elbing zählt zurzeit etwa 60 000 Einwohner, während der ganze Landkreis 83 Landgemeinden und mehrere Gutsbezirke umfaßt und über 40 000 Einwohner zählt.

Rundschau im Auslande.

‡ Infolge der Einfügung der bisherigen Armee des Generals Haller in die Verbände der polnischen Armee wurde der Hallersche Generalstab aufgelöst. Die französischen Offiziere des Hallerschen Generalstabes kehren nach Frankreich zurück.

‡ Zum Gesandten der Republik Oesterreich in Paris wurde der Sektionschef im Staatsamt des Aeußeren, Dr. Johann Eichhoff, ernannt.

‡ In Budapest hat sich eine neue royalistische Partei gebildet, die bei den bevorstehenden Neuwahlen mit eigenen Kandidaten auftreten wird.

‡ Die schwedische Regierung hat beschlossen, Verhandlungen mit der deutschen Regierung über die Verlängerung des deutsch-schwedischen Handelsvertrages anzubahnen.

*

Oesterreich: Schwere Lebensmittelkrise in Wien.

‡ Im Wiener Stadtrat teilte der Bürgermeister mit, daß eine Verschärfung der Lebensmittelversorgung eingetreten sei, weil 17 Eisenbahnzüge zwischen Triest und Graz wegen Kohlenmangels stecken geblieben seien. Am 1. November werde Wien überhaupt kein Fleisch mehr haben. In der übernächsten Woche werde es schwer fallen, die volle Brot- und Mehlquote auszugeben, falls nicht in der Zwischenzeit entsprechende Zuschüsse aus dem Auslande erfolgen würden.

Ungarn: Die Kosten der ungarischen Rätediktatur.

‡ Die Budapester Zeitung „Vilag" veröffentlicht eine Aufstellung der Kosten der Proletarierdiktatur in Ungarn. Das Blatt kommt zu dem Resultat, daß die Proletarierdiktatur dem Lande 13 Milliarden 675 Millionen gekostet hat. Die Rote Armee allein kostete 2 Milliarden 660 Millionen. Bereits in der ersten Hälfte des April kostete die Rote Armee täglich 10 Millionen, im Juli kostete diese Armee aber schon täglich 25 Millionen. Die Produktionsgenossenschaftszentralen nahmen einen Bankkredit von 1,3 Milliarden in Anspruch. Die Dispositionsfonds der Direktoren werden mit 50 Millionen angenommen. Für inländische Propaganda wurden 25 Millionen verwendet, für ausländische 150 Millionen. Der größte Teil dieser Gelder ist jedoch verschwunden, da die Vertrauenspersonen der Rätediktatur diese unterschlugen. Die Unterschlagungen werden mit 150 Millionen angenommen. An Steuern und Zolleinnahmen erlitt der Staat einen Ausfall von 400 Millionen.

Kirche, Schule und Mission.

epd. Das Reichsministerium des Innern bereitet eine Reichsschulkonferenz vor, die sich mit den in Fluß befindlichen Fragen der Schulordnung und der Beilegung der auf diesem Gebiet zwischen der Verfassung des Reichs und der Einzelstaaten bestehenden Ungleichheiten befassen soll. Auch der Deutsche Allgemeine Ev. Kirchentag, der unlängst in Dresden tagte, hat sich mit diesen Fragen, insbesondere im Hinblick auf die Gestaltung der religiösen Schulunterweisung eingehend beschäftigt und in vollem Einvernehmen mit den zahlreich beteiligten Vertretern der Lehrerschaft dazu Stellung genommen. Die weitere Wahrnehmung der bezüglichen Interessen wurde dem Evang. Kirchenausschuß übertragen, der sich dieser Aufgabe bereits tatkräftig angenommen und sich zu diesem Zweck einen besonderen Unterrichtsausschuß angegliedert hat. Es steht zu hoffen, daß den Vertretern dieses Ausschusses als der berufenen Vertretung des evangelischen Deutschlands Gelegenheit gegeben werde, sich bei den bevorstehenden Verhandlungen der Reichsschulkonferenz zu beteiligen.

Haushaltungs- und Fortbildungsschulen.

epd. Der Evang. Verband für die weibliche Jugend Deutschlands Berlin-Dahlem, Friedbergerstraße 25/26, richtet für den Winter in seinen Erholungshäusern „Waldfriede" in Neuberich (in Waldeck), „Westerwaldheim" in Altenkirchen (Rheinland) und „Lindenhof" in Milow a. d. Havel Haushaltungs- und Fortbildungsschulen ein. Er setzt damit einmal ein Werk fort, das er gleich zu Beginn des Krieges unternahm, indem er die aus Ostpreußen und aus dem Auslande flüchtigen Mädchen in seinen Erholungshäusern und anderen zu dem Zwecke in Betrieb gesetzten Häusern sammelte und ihnen eine hauswirtschaftliche Ausbildung zuteil werden ließ. Zum andern aber kommt er damit schon der Verwirklichung des soviel besprochenen Planes eines weiblichen Dienstjahres näher. Der Lehrplan umfaßt die praktische Hauswirtschaft in bezug auf Küche, Zimmer, Waschküche, Nähen, Flicken, Stopfen, daneben aber auch einen theoretischen Unterricht in Bürgerkunde, Deutsch, hauswirtschaftlicher Buchführung, Anstandslehre, Kranken- und Säuglingspflege, Bibelkunde. Der Zuschnitt der Schule wird ein familienhafter sein, in dem Gemüts- und Gesinnungspflege eine hohe Beachtung finden und bei dem auch jugendlicher Frohsinn bei Gesang und Reigenspielen, Turnen und Volkstänzen zu seinem Rechte kommt. Im Jugendheim „Waldfriede" wird auch Gartenbau und Kleinviehbesorgung betrieben werden. Die Lehrgänge beginnen im November und sind von 5—6 monatiger Dauer.

Für den Inhalt verantwortlich: W. Kraa, Bethel. — Druck und Verlag: Druckerei Bethel bei Bielefeld. Fernruf 74, Amt Bielefeld.

Alle für die **Redaktion** bestimmten Zuschriften sind zu richten nach Bielefeld Schließfach 141. Alles, was die **Expedition** betrifft, alle Inserate und Geldsendungen an die Geschäftsstelle **Missionar Heienbrok**, Bethel-Bielefeld, Postscheckkonto 7382 Hannover.

Institut für Heilbehandlung
von
Haarleiden
wie:
Schuppen, Haarausfall
usw. unter Anwendung von
Ernst Weiß rationeller Haarkur,
Vibrationsmassage, Höhensonne.
Weiß Haarpflege.
BIELEFELD, Viktoriastraße 10.
Alleiniger Hersteller von
Ernst Weiß Haartinktur „Mein Erfolg",
Ernst Weiß rationeller Haarkur,
Ernst Weiß Haarkraftöl.
Zahlreiche Anerkennungen in Dankschreiben.

Aufruf

an die

evang. Glaubensbrüder im deutschen Vaterland!

Eine Diasporagemeinde der Provinz Posen erbittet eure Hilfe! 1914 ist in Rosenau bei Tremessen unser Kirchlein abgebrochen worden. Seit 1832 hatte der Holzbau, nunmehr ganz baufällig und zu klein, der Gemeinde gedient. Eine neue von der Ansiedlungskommission zu bauende Kirche sollte nach unserer Berechnung bald der Sammelpunkt einer treuen kirchlichen Gemeinde, der Stolz aller Evangelischen und der Mittelpunkt unseres Dorfes sein. Der Krieg aber legte die Bautätigkeit lahm, gerade als der Dachstuhl aufgesetzt und die Kirche eingedeckt werden sollte. Alle unsere Vorstellungen haben keinen Weiterbau mehr durchsetzen können. Den ganzen Krieg über mußten wir die Kirche entbehren. Nunmehr ist uns unter den veränderten politischen Zuständen die Gewißheit geworden, daß unsere Kirche nie vollendet wird, wenn wir uns nicht selbst helfen. Darum hat die Gemeinde, so schwer es auch unter den heutigen Verhältnissen ist, sich entschlossen, den Bau selbst zu übernehmen. Etwa 70 000 ℳ soll die Vollendung des Kirchleins in der bescheidensten Form kosten. 30 000 bis 35 000 ℳ will die Gemeinde durch freiwillige Gaben aufbringen. 950 Seelen nur zählt sie, aber aller Opferfreudigkeit ist groß. Etwa 20 000 ℳ wollen wir durch eine langfristige Anleihe decken. Doch alles können wir nicht aufbringen.

Evangelische Christen! Gedenkt eurer Glaubensbrüder in der Diaspora! Wir sehnen uns nach einem evangelischen Gotteshaus!

Helft uns um des Herrn willen

zur Vollendung unserer Kirche!

Es soll sofort mit dem Bau begonnen werden, damit er noch vor dem Winter unter Dach kommt. Darum: Doppelt gibt, wer schnell gibt!

Gaben helfender Liebe werden erbeten auf Postscheckkonto Danzig Nr. 1649 Ev. Pfarramt, Pfarrer Schwerdtfeger in Rosenau bei Tremessen.

Rosenau b. Tremessen (Polen), im September 1919.

Der Gemeindekirchenrat:

Schwerdtfeger, Pfarrer.

Zur Erwerbsgründung
5000 chemisch-technische Rezepte Mk. 10.—, 1000 chemisch-technische Rezepte Mk. 6.—, zusammen Mk. 15.—. Beide Werke von Chemikern 1. Ranges. Gegen Nachnahme. **L. Schwarz & Co.,** Verlagsbuchhandlung, Berlin FA 14, Annenstr. 24.

Mädchen
für Geschäftshaushalt auf bald gesucht bei Familienanschluß **Weiß Haarpflege,** Bielefeld, Viktoriastr. 10.

Zuverlässiges, christl. evangel.
Mädchen
für alle Hausarbeit sofort gesucht. Lohn nach Übereinkunft. **Frau Architekt Fromme,** Soest, Jakobistr. 62.

Einem schwergeprüften Familienvater ist in dieser Zeit des Umsturzes unerwartet die Pacht gekündigt. Welcher Christenmensch würde seinem Bruder zur Gründung einer Existenz helfen, indem er ihm zum Ankauf eines kleinen Grundstücks
10-15000 Mk. leiht?
Näheres unter **Fr. Kl. 9** an die Geschäftsstelle d. Zeitung.

Kirchliche Nachrichten.

Zionsgemeinde.

Sonntag vorm. 8½ Uhr: Miss. Ottermeyer 9 Uhr: P. Isleib. 10 Uhr P. Oestreicher. — Nachmittags 1½ Uhr: Kindergottesdienst. Abends 7 Uhr: P. Isleib. — Donnerstag abends 7½ Uhr: P. Jaeger.

Landeskirchl. Gemeinschaft.

Blaukreuzhalle, Kaiserstraße.

Sonntags 6½ Uhr: Evangelisation. Sonntags 1½ Uhr: Sonntagsschule. — Donnerstags 8 Uhr: Bibelstunde. Mittwochs 8 Uhr: Gesangverein Sonnabends 7¼ Uhr. Weißkreuzgruppe.

Beilage zum „Aufwärts“ Nr. 233.

Lokal- und Provinzialnachrichten.

Bielefeld, den 4. Oktober 1919.

—**Lebensmittelverkauf** im Landkreise vom 6. bis 11. Oktober 1919. **1. Nährmittel!** Graupen werden ausgegeben in allen Kolonialwarenhandlungen an alle Nährmittelversorgungsberechtigten. Gegen Abgabe der Lebensmittelmarke Nr. 2 erhält jeder ¼ Pfund zu den bekannten Höchstpreisen. — **2. Brotaufstrich!** Sämtliche Fettversorgungsberechtigte erhalten in den Butterverkaufsstellen ab Donnerstag, den 9. d. M., gegen Abgabe der Lebensmittelmarke Nr. 6 je Person ½ Pfund Kunsthonig zu den bekannten Höchstpreisen. — **3. Kartoffelstärkemehl!** Kartoffelstärkemehl kann nur an die fettversorgungsberechtigte Bevölkerung der Gemeinden Brackwede, Gadderbaum, Gellershagen, Schildesche, Bsch. Schildesche und Sieker ausgegeben werden. Jeder erhält dort, wo er eingetragen ist, gegen Abgabe der Lebensmittelmarke Nr. 7 100 Gramm Kartoffelstärkemehl zu 0,17 ℳ für die Einheit. Die Marken sind am Dienstag, den 14. d. M., aufgeklebt abzuliefern. — **4. Sonderzuweisungen!** Sämtliche Kranke und Wöchnerinnen erhalten in den bekannten Krankenverkaufsstellen gegen Abgabe der von 29. 9. bis 12. 10. gültigen roten Keks- und Puddingpulvermarke ½ Pfund Bienenhonig zum Preise von 2,55 ℳ für ½ Pfund. Gefäße für Bienenhonig sind mitzubringen. — Alle milchversorgungsberechtigten Kinder von 1—3 Jahren erhalten gegen Abgabe der vom 29. 9. bis 12. 10. gültigen blauen Keks- und Puddingpulvermarke: 1 Rolle Keks zu 39 Pfg. und 1 Paket Zwieback zu 44 Pfg. Die Marken sind aufgeklebt, rot ud blau getrennt, am Dienstag, den 2. d. M., abzuliefern. — **5. Zucker!** Die Zuckermarke Nr. 31 kann von heute ab mit 1 Pfund beliefert werden.

— **Verband deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegsteilnehmer.** Der gemeinsame Verbandsvertretertag des Verbandes deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegsteilnehmer und des Verbandes wirtschaftlicher Vereinigungen Kriegsbeschädigter für das deutsche Reich hat in Hildesheim am 13. September in getrennter und am 14. September in gemeinsamer Tagung die Verschmelzung beider Verbände zum

„Zentralverband deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebener“

beschlossen. Der Beschluß wurde einstimmig gefaßt.

Der Verband, dem heute schon über 100 000 Mitglieder angehören, bezweckt auf der Grundlage parteipolitischer und religiöser Neutralität die Vertretung der sozialpolitischen und wirtschaftlichen Interessen seiner Mitglieder und die Schaffung der hierfür dienlichen Einrichtungen.

In Bielefeld besteht seit einigen Wochen eine Ortsgruppe, der schon eine große Anzahl Kriegsbeschädigter beigetreten sind. Um allen Interessenten Gelegenheit zu geben, sich über die Ziele des Verbandes zu unterrichten, wird am Sonntag, den 12. Oktober vormittags 10½ Uhr, Geschäftsführer Muth aus Berlin im „Lindenhof“ einen öffentlichen Vortrag halten. Ausführliches wird noch vorher durch Inserat in den Tageszeitungen bekannt gegeben.

Mitgliedsanmeldungen nimmt entgegen: Ferdinand Prinz, Bielefeld, Herforder Str. 84, Fernsprecher 2812; Rudolf Hanne, Bielefeld, Bürgerweg 82, Fernsprecher 1222.

— **Kohlenkommission des Landkreises Bielefeld.** In der gestrigen Sitzung der Kohlenkommission gab der Leiter der Kreiskohlenstelle eine kurze Darlegung über die Belieferung in Steinkohle und Koks seit Mai 1919. Danach sind von den bis einschließlich August überwiesenen 557 Reichshausbrandbezugscheinen bis zum 1. 10. nur 262 beliefert worden, so daß noch 295 Bezugsscheine über je einen Wagen Kohle oder Koks im Rückstande sind. Die September-Bezugscheine werden vom Reichskohlenkommissar erst nach Belieferung der Bezugscheine aus den Vormonaten ausgegeben. In Braunkohle sind in den Monaten Mai bis einschließlich September 96 Wagen und in Torf 185 Wagen in den Kreis hereingekommen und zur Verteilung gelangt.

Im Anschluß hieran trat die Kommission in eine eingehende Beratung ein über die künftige Gestaltung der Holz- und Torfpreise. Das außerordentliche Emporschnellen der Gestehungskosten bedingt eine weitere Steigerung der Kleinhandelspreise. Die Kommission war der Ansicht, daß die Mengen für die Verbraucher mit niedrigeren Einkommen eine stärkere Belastung kaum ertragen könnten. Es wurde daher beschlossen, aus Mitteln des Kriegswirtschaftsamtes 60 000 ℳ für die Verbilligung der Holz- und Torfpreise bereitzustellen. Aber auch selbst unter Opferung dieser Summe war eine Erhöhung der Preise unvermeidlich. Die Preise wurden daher anderweitig festgesetzt.

1. Für Holz bei Verbrauchern mit einem Einkommensteuersatze von weniger als 100 ℳ auf 8 ℳ je Zentner; bei Verbrauchern mit einem Staatseinkommensteuersatze über 100 ℳ auf 10 ℳ je Zentner.

2. Bei Torf für Verbraucher mit einem Staatseinkommensteuersatze von weniger als 100 ℳ auf 9 ℳ je Zentner; für Verbraucher mit einem Staatseinkommensteuersatze von mehr als 100 ℳ auf 11 ℳ je Zentner. Diese Preise treten mit sofortiger Wirkung in Kraft.

— **Die Besitzer von Hunden** werden darauf aufmerksam gemacht, daß nach der hier gültigen Steuerordnung die bis einschließlich 30. September d. J. abgeschafften Hunde spätestens bis zum 14. Oktober d. J. auf dem Steueramte im Rathause, Zimmer Nr. 12, abzumelden sind, andernfalls die Steuer auch für das 3. Vierteljahr 1919 bezahlt werden muß.

— **Stadt-Sparkasse.** Um den Inhabern von Wertpapieren die Sorge für die sichere Aufbewahrung derselben zu verringern, hat die Stadt-Sparkasse Bielefeld seit Jahren eine offene Depotverwaltung für Wertpapiere angelegt. Die Bielefelder Bürgerschaft kann ihre Papiere gegen geringe Vergütung bei der Stadt-Sparkasse hinterlegen. Die Zinsen werden an den halbjährlichen Terminen den Konten zugeschrieben. Verluste durch Feuer oder Diebstahl werden hierdurch für die Besitzer von Wertpapieren ausgeschaltet.

Zinsscheine von Reichsanleihe werden bei Spareinlagen von der Stadt-Sparkasse in Zahlung genommen.

-- **Minden-Ravensberger gemeinnützige Rechtsauskunftstelle.** In der nächsten Woche sind Sprechstunden in Brackwede im Vereinshaus am Dienstag von 12—1½ Uhr; in Schildesche im Konfirmandensaal am Montag von 10 bis 11 Uhr; in Jöllenbeck im Konfirmandensaal am Mittwoch von 2—3 Uhr; in der Geschäftsstelle in Bielefeld an der Bülowstraße täglich von 9—12 und von 3—6 Uhr.

Die Nationalvertretung der Nationalvereinigung der Evangelischen Jünglingsbündnisse Deutschlands, Sitz Barmen, tagte am 22. und 23. September in Bielefeld. Der Einladung waren die Vetrreter sämtlicher Jünglingsbündnisse gefolgt, ferner von den zugehörenden verwandten Bestrebungen die Vertreter der Deutschen Christlichen Studentenvereinigung. des Reichsverbandes der Schülerbibelkreise, des Verbandes gläubiger Kaufleute, des Deutschen Sittlichkeitsbundes vom Weißen Kreuz, des Internationalen Christlichen Kellnerbundes, des Deutschen Christlichen Technikerbundes. Die Verhandlungen fanden in der „Volkshalle“ statt und wurden geleitet von dem Vorsitzenden, Fabrikant G. Rosenkranz, Barmen. Generalsuperintendent D. Zoellner, Münster, gab mit seinem mit erschütterndem Ernste getragenen Referat: „Jugendevangelisation“ den folgenden Verhandlungen Ziel und Richtung. Aus der Fülle der zur Verhandlung stehenden Gegenstände seien besonders genannt: „Unsere Stellung zum Weltbunde“, „Schaffung einer einheitlichen evangelischen Jugendpresse“, Herausgabe eines Bibelleseplanes für junge Männer“, „Errichtung einer Pensionskasse für Vereinssekretäre“, „Arbeit unter unseren zurückkehrenden Kriegsgefangenen“, „Aufgaben beim Wiederaufbau Nordfrankreichs“ und „Aufgaben und Sorgen der Christlichen Vereine junger Männer“. Durch alle Berichte und Verhandlungen klang ein zukunftsmutiger, arbeitsfroher Unterton hindurch. Wohl hat das Vereinswerk durch den Krieg unübersehbaren Schaden gelitten, aber überall ist der ernste Wille zur Arbeit, um mit den Kräften der unsichtbaren Welt, des Glaubens, der Hoffnung und der Liebe der Jugend unseres Volkes zu helfen im Kampf für die Ideale der himmlischen Welt.

Die Referate und Resultate der Verhandlungen werden in der „Rundschau“, dem Organ der Nationalvereinigung, zum Abdruck kommen und werden allen Freunden evangelischer Jugendarbeit gerne unentgeltlich zugesandt.

Versorgung mit Herbstkartoffeln aus der Ernte 1919.

Auf Grund der §§ 2 und 8 der Verordnung über die Kartoffelversorgung vom 18. Juli 1918 (R. G. Bl. S. 737) in Verbindung mit § 2 der Verordnung über Kartoffeln vom 4. 9. 1919 (R. G. Bl. S. 1511), wird für den Landkreis Bielefeld angeordnet:

Allgemeine Bestimmungen.

§ 1.

Die im Landkreise Bielefeld geernteten Herbstkartoffeln werden für die öffentliche Bewirtschaftung nach Maßgabe des § 2 sichergestellt. Bei Kartoffelerzeugern mit 200 qm Kartoffelanbaufläche und weniger findet eine Sicherstellung nicht statt. Der Ernteertrag hiervon kann angerechnet werden.

Als Herbstkartoffeln gelten Kartoffeln, die vom 14. Oktober 1919 an geerntet werden.

§ 2.

Die Ausfuhr von Kartoffeln aus dem Landkreise Bielefeld ist verboten. Eine Verfütterung von Kartoffeln ist nur zulässig, wenn sie ungesund sind oder die Mindestgröße von einem Zoll (2,72 Zent.) nicht erreichen.

§ 3.

Kartoffelerzeuger dürfen Kartoffeln nur an die vom Kriegswirtschaftsamt bestellten mit Ausweisen versehenen Aufkäufer und an Inhaber ordnungsmäßig ausgestellter Kartoffelbezugsscheine des Landkreises Bielefeld abgeben. An Bezugsscheininhaber anderer Kommunalverbände dürfen Kartoffeln nicht zur Abgabe gelangen.

Selbstversorger, Versorgungsberechtigte und Teilselbstversorger.

§ 4.

Die sicherzustellenden Mengen werden für jeden einzelnen Kartoffelerzeuger festgestellt. Von dem festgesetzten Ertrage sind abzuziehen:

1. **Zur Ernährung der Selbstversorger** 1½ Pfund für den Tag und den Kopf auf die Zeit vom 14. 9. bis 13. 8. 1920 = 5 Zentner;
2. **der Saatgutbedarf in Höhe von 40 Zentnern** für den Hektar der Herbstkartoffelanbaufläche **1918;**
3. **ein Fünftel des Ernteertrages** zur Deckung der zum Verfüttern freigegebenen ungesunden, oder die Mindestgröße von einem Zoll (2.72 Zent.) nicht erreichenden Kartoffeln, die Verluste durch Fäulnis und Schwund, zum Ausgleich der Mehraufwendugnen an Saatgut, falls gewohnheitsmäßig mehr als 40 Zentr. je Hektar ausgepflanzt werden, sowie zur Erfüllung von Deputatverpflichtungen.

§ 5.

Die Wochenkopfmenge für die Versorgungsberechtigten wird auf 7 Pfund festgesetzt. Für die Zeit vom 2. 11. 19. bis 14. 2. 1920 wird eine Zulage von 2 Pfund ausgegeben, die Wochenkopfmenge beträgt daher für diese Zeit 2 Pfund. Der Gesamtbedarf für die Versorgungszeit vom 14. 9. 19. bis 17. 7. 1920 ist auf 3.38 Zentr. festgesetzt.

§ 6.

Teilselbstversorger gelten bis zum Erschöpfen der Vorräte eigener Ernte als Selbstversorger und von da ab als Versorgungsberechtigte.

§ 7.

Die Eindeckung der Versorgungsberechtigten und Teilselbstversorger erfolgt vom Kriegswirtschaftsamt durch Vermittlung der Gemeindeverteilungsstellen auf Grund der Kreiskartoffelkarte gegen Abgabe von Kartoffelmarken. Kartoffelversorgungsberechtigte und Teilselbstversorger sind jedoch berechtigt, im Kreise selbst 2 Zentner Kartoffeln, in auswärtigen Überschußkreisen der Provinz 3 Zentner Kartoffeln auf Bezugsschein zu beziehen. Teilselbstversorgern wird die eigene Ernte auf die durch Bezugsschein zu beziehenden Mengen angerechnet.

Die näheren Bestimmungen für die Durchführung des Bezugsscheinverfahrens und für die Zuweisung von Kartoffeln durch die Gemeindeverteilungsstellen erläßt das Kriegswirtschaftsamt.

Strafbestimmungen.

§ 8.

Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10 000 ℳ oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Neben der Strafe können die Vorräte, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, eingezogen werden, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht. Kartoffeln, die durch den Kartoffelerzeuger vorschriftswidrig verwandt oder veräußert werden, sowie Kartoffeln, die unbefugt in den Verkehr gebracht sind, werden ohne Zahlung einer Entschädigung für den Kommunalverband für verfallen erklärt. Auch der Versuch ist strafbar.

Kreisausschuß des Landkreises Bielefeld.

Bilefeld, den 29. September 1919.

Dr. Beckhaus.

Deutsch-nat. Volksverein Bielefeld.

Am Dienstag, d. 7. Oktober, abends 8 Uhr, spricht

Major Niemann

im Vereinshaus über das Thema:

Die Krisen des Weltkrieges

Alle Männer und Frauen von nationaler Gesinnung sind als Gäste herzlich willkommen.

Der Vorstand.

Zur Deckung der Unkosten wird am Saaleingang ein Eintrittsgeld von **Mk. —,30** erhoben.

Soeben erschienen — in 3. und 4. Auflage

Dallmeyer: **Biblische Kindererziehung**

294 Seiten. Preis M. 4,50 — im Geschenkband M. 7.—

Das Buch überragt turmhoch die meisten derartigen Erscheinungen und verdient in Hunderttausenden von Exemplaren verbreitet zu werden. Es gehört in alle Hände aller Eltern. (Kranz und Kreuz.)

Volkswacht-Verlag, Hamburg 5, Alexanderstraße 23

Der Christlich-nationale Verein e. V. Sitz Bielefeld

bezweckt die Förderung der Volksbildung und Volkswohlfahrt auf christlich-nationalem Grunde. Er möchte gern eine Sammelstelle der auf diesem Gebiete allerorts gemachten Erfahrungen sein, um dieselben weiteren arbeitswilligen Kreisen zugänglich machen zu können.

Nähere Auskunft erteilt **Emil Hartwig**, Dozent an der Evangelisch-sozialen Schule in Bethel bei Bielefeld.

Der Eisenacher Bund

für kirchliche Evangelisation, Pflege christlicher Gemeinschaft und evangelischen Lebens

ruft alle, die mit Ernst Christen sein wollen, zur Mitarbeit auf. Wünsche um weitere Auskunft und Anmeldungen sind zu richten an Pastor D. **Jaeger** in Bethel b. Bielefeld.

Für den Inhalt verantwortlich: W. Kraa, Bethel. — Druck und Verlag Druckerei Bethel bei Bielefeld. Fernruf 74, Amt Bielefeld.

Alle für die **Redaktion** bestimmten Zuschriften sind zu richten nach Bielefeld Schließfach 141. Alles, was die **Expedition** betrifft, alle **Inserate** und **Geldsendungen** an die Geschäftsstelle **Missionar Heienbrok**, Bethel-Bielefeld, Postscheckkonto 7382 Hannover.

DAMEN-KONFEKTION

Neu-Eingänge in Modellen für Herbst u. Winter in Damen-Mänteln, Jacken-Kleidern, Taillen-Kleidern, Kostümröcken u. Damenblusen.

Preiswerte Pelzmäntel und Mäntel halb auf Pelz gefüttert in grosser Auswahl.

Morgenröcke
aus Flauschstoffen und Wolle
98⁰⁰ 128⁰⁰ 195⁰⁰

Morgenröcke
aus Seide, in hell- und dunkelfarbig und geblümt
168⁰⁰ 290⁰⁰ 385⁰⁰

Blusen
in Seide und Wolle, schwarz, einfarbig, kariert und geblümt
49⁰⁰ 68⁰⁰ 95⁰⁰

Blusen
in Crêpe de chine, Voile-Ninon und Chiffon, in hellen u. dunklen Farben
125⁰⁰ 168⁰⁰ 198⁰⁰

Jacken-Kleider	in blau, schwarz und farbig, solide Stoffe, jugendliche Formen . . .	95⁰⁰	145⁰⁰	195⁰⁰
Jacken-Kleider	in allen Farben, neue Formen, mit Stepperei und Tressen	245⁰⁰	295⁰⁰	365⁰⁰
Jacken-Kleider	aus guten Stoffen, Samt und Velvet mit Knopfgarnitur u. Pelzbesatz . .	395⁰⁰	450⁰⁰	525⁰⁰
Jacken-Kleider	aus reinwollenem Kammgarn und Gabardine, blau, schwarz und farbig in bester Verarbeitung	575⁰⁰	625⁰⁰	695⁰⁰
Damen-Mäntel	aus melierten und karierten Stoffen, ³/₄ lang u. lang, mit großem Kragen	68⁰⁰	98⁰⁰	125⁰⁰
Damen-Mäntel	aus soliden, schweren, halbschweren Stoffen, jugendliche Formen . . .	165⁰⁰	195⁰⁰	235⁰⁰
Damen-Mäntel	aus guten Stoffen, in allen Farben, mit Stepperei und Knöpfen	285⁰⁰	335⁰⁰	395⁰⁰
Damen-Mäntel	aus prima Stoffen, beste Verarbeitung, mit Pelzkragen und Garnitur . . .	450⁰⁰	525⁰⁰	690⁰⁰
Astrachan-Mäntel	ganz gefüttert, mit Opossum- oder Stoffkragen	128⁰⁰	195⁰⁰	250⁰⁰
Astrachan-Mäntel	prima Qualität, in Wolle u. Seiden-Astrachan, lose und anschließend	295⁰⁰	375⁰⁰	490⁰⁰
Samt-Mäntel	aus Seidensamt und Sealplüsch, lose Fassons und Manteikleider	395⁰⁰	465⁰⁰	550⁰⁰
Samt-Mäntel	aus gutem Samt und Sealplüsch, mit Pelzkragen und Pelzstreifen . . .	690⁰⁰	790⁰⁰	975⁰⁰
Taillen-Kleider	aus Seide, in schwarz und farbig, Kittelformen, mit Knöpfen u. Stickerei	128⁰⁰	195⁰⁰	245⁰⁰
Taillen-Kleider	aus Seide und Voile, in rosa, hellblau und hellila, mit Perlen und Franzen	295⁰⁰	375⁰⁰	490⁰⁰
Taillen-Kleider	aus Wolle und Seide, Mantel- u. Kittelkleider, reich mit Knöpfen u. Tressen garniert	550⁰⁰	625⁰⁰	690⁰⁰
Taillen-Kleider	für Theater und Gesellschaft, in Seide, Voile ninon und Samt, hell- und dunkelfarbig	750⁰⁰	835⁰⁰	975⁰⁰
Kostüm-Röcke	aus einfarbigen u. gemusterten Stoffen, solide Stoffe mit Stepperei u. Knöpfen	28⁵⁰	39⁰⁰	48⁰⁰
Kostüm-Röcke	aus guten blauen und schwarzen Stoffen mit Tressen und Knöpfen garniert	69⁰⁰	78⁰⁰	89⁰⁰
Kostüm-Röcke	aus reinwollenem Kammgarn und Gabardine, blau und schwarz, neue flotte Formen	98⁰⁰	138⁰⁰	178⁰⁰
Kostüm-Röcke	aus prima Gabardine, Köpervelvet u. Seidenstoffen, in bester Verarbeitnng	198⁰⁰	225⁰⁰	295⁰⁰

Kinderkleider
in Wolle, blau, kariert und rot, Kittelform m. Tresse
78⁰⁰ 95⁰⁰ 145⁰⁰

Kinderkleider
in Seide u. Wolle, blau, marine und weinrot, reizende Formen
168⁰⁰ 195⁰⁰ 225⁰⁰

Kindermäntel
in aparten, neuen Farben, reich gesteppt
148⁰⁰ 198⁰⁰ 250⁰⁰

Kindermäntel
in grau, marine und gemustert, flotte Formen
48⁰⁰ 68⁰⁰ 95⁰⁰

S. ALSBERG & CO.